Brücke Rahmedetal soll vorgehen

Fraktionen mit gemeinsamen Antrag

Iserlohn/Lüdenscheid. Mit einem gemeinsamen Antrag richten sich die Fraktionen „DieIserlohner“, CDU, SPD, Grüne, Linke, FDP und UWG an den Rat der Stadt Iserlohn. Sie schlagen vor, dass die Stadt in einer gemeinsamen Willenserklärung die Landes- und Bundesregierung dringend zum schnellstmöglichen Abriss und Neubau der seit dem 2. Dezember 2021 gesperrten Brücke der A45 bei Lüdenscheid auffordert. Hier sollen aus Zeitgründen sämtliche Planungs-, Genehmigungs- und Bauprozesse parallel ausgeführt werden. Der Rat der Stadt solle zudem den Bürgermeister unterstützen, diese Forderung gegenüber der Landes- und Bundesregierung zu vertreten und die Priorisierung dieses Bauvorhabens einzufordern.

Ein Zeichen setzen und den Druck erhöhen

Als Begründung heißt es, dass von der Sperrung auch viele in Iserlohn ansässige Unternehmen betroffen seien, die über die kommenden Jahre einen hohen wirtschaftlichen Verlust durch die Brückenschließung erleiden werden, was schlussendlich geringere Steuereinnahmen auch für die Stadt bedeuten werde. Zudem seien viele Pendler aus Iserlohn auf Jahre zu längeren Fahrzeiten, Wartezeiten in Staus oder antizyklischen Fahrten und Veränderungen ihrer Lebensgewohnheiten gezwungen. „Es droht der Region ein Verlust von Fachkräften und Arbeitsplätzen, den es zu vermeiden gilt“, so die Fraktionen. „Der Neubau der Talbrücke ist alternativlos und muss deshalb schnellstens erfolgen“, heißt es weiter. Eine gemeinsame Willenserklärung aus unserer Kommune, als größte Stadt im Märkischen Kreis, sei sowohl ein Zeichen für die betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, als auch eine Solidaritätserklärung mit der Stadt Lüdenscheid und soll weiteren Druck für den zügigen Wiederaufbau dieser Lebensader erzeugen.